



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Büro:
Charlotte Biskup
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621
charlotte-biskup@web.de

Öffnungszeiten:
Mo., Mi. + Do. 11-13 Uhr

Konstanz, 29.11.2007

Pressemitteilung

Lehmann: „Die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe ist falsch. Die Städte sollten selbst entscheiden können.“

Grüne Landtagsfraktion hält die Entscheidung die Fehlbelegungsabgabe abzuschaffen für falsch. Der Konstanzer Landtagsabgeordneter Siegfried Lehmann bedauert die allgemeine Aufhebung der Abgabe: „Ich hätte es für richtig gehalten, wenn die Kommunen darüber selbst entscheiden dürften. Universitätsstädte wie Konstanz und andere Ballungszentren profitieren von dieser Abgabe und damit auch der soziale Wohnungsbau!“

Der Konstanzer Abgeordnete der Grünen im Landtag Lehmann, hat die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe kritisiert. Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP hatte der Landtag heute die Rechtsgrundlage für die Fehlbelegungsabgabe zum 1.1.2008 aufgehoben. Ein Antrag der Grünen für einen größeren Entscheidungsspielraum der Kommunen bei der Fehlbelegungsabgabe fand keine Mehrheit.

Siegfried Lehmann sagte: "Die Stadt Konstanz, aber auch Karlsruhe, Heidelberg und Ulm wollen die Fehlbelegungsabgabe erhalten. Im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung sollen diese Städte selbst entscheiden, ob Aufwand und Nutzen der

Fehlbelegungsabgabe in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen. Es ist nicht richtig, dass CDU, SPD und FDP im Land den Kommunen diese Möglichkeit versagen wollen. Und angesichts der faktischen Abschaffung der sozialen Mietwohnraumförderung durch die Landesregierung in diesem Jahr ist es umso dreister, dass den Städten die Fehlbelegungsabgabe als weitere Finanzierungsquelle gestrichen wird. Dabei ist die Wohnungssituation in den Universitätsstädten und Ballungsräumen gerade für Familien und Geringverdiener sehr angespannt.“

Die Grünen hatten einen Änderungsantrag in den Landtag eingebracht. Er sieht statt der Aufhebung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für Baden-Württemberg vor, den Kommunen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ein Initiativrecht einzuräumen. Sie können demnach die Befreiung von der Pflicht zur Erhebung der Fehlsubventionierungsabgabe beantragen, wenn der Verwaltungsaufwand unangemessen hoch ist oder wenn dies zum Erhalt oder zur Wiederherstellung sozial gemischter Wohnungsbelegungsstrukturen erforderlich ist. „Zweifelsohne gibt es Kommunen, in denen die Fehlbelegungsabgabe keinen Sinn macht, da der Verwaltungsaufwand höher ist, als die Einnahmen, die daraus resultieren. Es gibt aber auch zahlreiche Kommunen - wie beispielsweise Konstanz - in denen die Einnahmen, welche aus der Abgabe resultieren, direkt in die Finanzierung des sozialen Mietwohnungsbaus fließen!“, kritisiert der Konstanzer Abgeordnete die Pauschalentscheidung der übrigen Fraktionen im Landtag.

Darüber hinaus hatten die Grünen beantragt, dass im neuen Wohnraumförderungsgesetz ein energetischer Mindeststandard gelten solle. Demnach dürfte muss in den jährlichen Wohnraumförderprogrammen mindestens die Einhaltung des Standards ‚KfW 40‘ der Kreditanstalt für Wiederaufbau als Fördervoraussetzung festgelegt werden. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit im Landtag.